

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur

Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte

Band: 49 (1969-1970)

Heft: 11: Leistungsgesellschaft

Artikel: Biafra, Israel, Deutschland

Autor: Fabius

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-162378>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

geschlossen und stabil ist, sich nicht leicht zu Abenteuern verleiten lässt und ihre Entscheidungen behutsam abwägt. Während beispielsweise die meisten «angelsächsischen» Staaten – Grossbritannien, die Vereinigten Staaten, Kanada – und natürlich alle Commonwealth-Staaten in Afrika und Asien von Unzufriedenheit, Aufruhr, Streiks und Protestbewegungen aller Art erschüttert werden, ist Australien bisher davon ziemlich unberührt geblieben. Die auf geradezu groteske Weise den amerikanischen Vorbildern folgenden Studentenunruhen bleiben verhältnismässig begrenzt und lassen sich in Schranken halten. Ja sie treffen – heutzutage fast ein Wunder – auf den Widerstand der Universitätsbehörden und Dozenten. Die wenigen Streiks vermögen die wirtschaftliche Entwicklung des Landes nicht zu beeinträchtigen, denn die Regierung, die ihre Handlungsfähigkeit noch nicht durch Unentschlossenheit und ängstliche Rücksichtnahmen aller Art verloren hat, legt sie unter dem Druck der öffentlichen Meinung jeweils schnell bei. Die Massenmedien, einschliesslich das Fernsehen, befleissen sich eines gewissen Anstandes, und die Zensur wird mit Verstand ausgeübt, ganz in Übereinstimmung mit der inneren Zurückhaltung, welche die Australier, ungeachtet ihres Rufes als eines derben und etwas primitiven Volkes, auszeichnet.

Alles in allem fällt in Australien, das vor genau zweihundert Jahren als Straflingskolonie gegründet wurde, eine etwas altmodisch anmutende Lebensweise

auf. Dennoch wird das Land nicht hinter der modernen Entwicklung zurückbleiben. In Sydney empfängt den Besucher eine recht internationale Atmosphäre – eine Mischung von Londons Ernsthaftigkeit, San Franciscos Hafenbetrieb und New Yorks Greenwich Village zur Zeit vor der Obszönitätenwelle; einige Anklänge an Chicago, Paris und Johannesburg vervollständigen den Gesamteindruck. Die Hauptstadt Canberra ist eher eine Gartenstadt; die öffentlichen Gebäude und Botschaften sind, ähnlich wie in Washington, deutlich von den Wohnvierteln getrennt. Melbourne, eine der flächenmässig grössten Städte, aber in mancher Hinsicht immer noch eine Kleinstadt, ist die finanzielle Hochburg und die Heimat der ältesten Familien und grössten Vermögen.

Als die anziehendste Stadt möchte ich das in vollem Aufschwung begriffene Perth an der Westküste bezeichnen. Es bildet den finanziellen und industriellen Schwerpunkt eines neuen Australien. Die Flugzeit nach Sydney beträgt fünf Stunden! Diese Stadt sagt mehr über das Land und seine Zukunft aus als die älteren und grösseren Städte an der Südostküste. Sie erweckt den Eindruck einer nicht aufdringlichen, sondern gelassenen Selbstsicherheit und ist stolz auf ihre Fähigkeit, die Wüste nutzbar zu machen, ohne dabei die Natur zu zerstören. Hier verbindet sich amerikanische Dynamik mit der – alten – britischen Art, die Dinge anzupacken und zu einem glücklichen und massvollen Ganzen zu führen.

Thomas Molnar

BIAFRA, ISRAEL, DEUTSCHLAND

Das Ende des Bürgerkrieges in Nigeria bedeutet das Scheitern eines mit untauglichen Mitteln unternommenen Versuches, die einst von den Kolonialmächten auf dem Schwarzen Kontinent gezogenen Grenzen zu verändern und an ihre Stelle logischere, den ethnischen Gegebenheiten entsprechende Staatsgebilde zu schaffen.

Allein die Tatsache, dass sich die hauptsächlich vom *Ibo-Stamm* bewohnte Ostprovinz Nigerias, Biafra, über zweieinhalb Jahre lang gegen die Übermacht der Bundesstruppen zu behaupten vermochte, ist der beste Beweis für die Lebensfähigkeit eines Ibo-Staates. Der Anspruch auf Eigenständigkeit, den sich Biafra mit sei-

nem Widerstand gegen Lagos erkämpft hat, ist nun dahingefallen; die Ostprovinz ist wieder in den nigerianischen Staatsverband zurückgezwungen worden.

Isoliertes Biafra

Das Problem Biafra, wie es sich in den vergangenen drei Jahren der Welt stellte, hatte verschiedenartige Aspekte. Es war die Tragik Biafras, dass sein Kampf um Selbständigkeit mit den Interessen mehrerer anderer Mächte kollidierte. So ergriffen *Grossbritannien* und die *Sowjetunion* – wenn auch aus unterschiedlichen Gründen – Partei für die Zentralregierung in Lagos. Im Gefolge Moskaus hat auch Ägypten massiv interveniert; Nasser betrachtete Biafra als geeigneten *Übungsplatz*, um seiner Luftwaffe die notwendigen militärischen Erfahrungen zu verschaffen, die sie im Kampf gegen Israel dringend benötigt und die sie hier verhältnismässig gefahrlos sammeln konnte.

Aber auch vor dem höchsten internationalen politischen Gremium, den *Vereinigten Nationen*, fand die Sache Biafras keine Unterstützung. Generalsekretär *U Thant* stellte sich auf den – formal richtigen – Standpunkt, es handle sich bei der Auseinandersetzung zwischen Nigeria und Biafra um die innere Angelegenheit eines souveränen Staates, in welche sich die UNO nicht einmischen könne. Zwar hat diese sich eng an den Buchstaben klammernde Interpretation der UNO-Charta selbst innerhalb der Vereinigten Nationen Befremden ausgelöst, und *U Thants* Entschluss, auf seiner Afrikareise zwar einen Abstecher nach Lagos zu machen, aber auf seinen bereits angekündigten Besuch in Biafra zu verzichten, ist auf Kritik gestossen. All jenen, die sich weniger nach dem Paragraphen als nach dem *Geist* der Charta richten, erschien es unverständlich, dass die Vereinigten Nationen die Gelegenheit vorbeigehen liessen, sich koordinierend in die verschiedenen Hilfsaktionen einzuschalten. Eine Gelegenheit, dem Prestige der UNO in den westlichen

Ländern neues Gewicht zu verschaffen, ist verpasst worden.

Heute ist Biafra kein militärisch-politisches Problem mehr, sondern nur noch ein humanitäres. Die ersten Berichte ausländischer Journalisten, denen die Einreise in die eroberte Provinz erlaubt wurde, sind alarmierend. Zwar ist es glücklicherweise nicht zu den befürchteten systematischen Racheexzessen der siegestrunkenen Bundestruppen gegen die Ibo-Bevölkerung gekommen; wo Ausschreitungen stattfanden, scheint es sich um *Einzelfälle* gehandelt zu haben. Gefährlicher als diese gelegentlichen Plünderungs- und Gewaltakte war die vollständige Desorganisation in dem besieгten Biafra, zu der Lagos das Seine beitrug, indem es Ärzte und Hilfspersonal aus Biafra wegwies oder unter Hausarrest stellte. General *Gowon* wollte damit wohl demonstrieren, dass die Sieger für sich ein Hilfsmonopol beanspruchen – ein gefährlicher Ehrgeiz, der täglich ungezählte Menschenleben fordert. Es wird Monate und Jahre dauern, ehe die Spuren des Schreckens getilgt sind, die der nigerianische Bürgerkrieg in der Ostprovinz hinterlassen hat.

Israels Vergeltungsschläge

Im nahöstlichen Konflikt hat die Spannung in den vergangenen Wochen neue Höhepunkte erreicht. Israel hat seine militärischen Aktionen intensiviert und ist zu mehreren Malen tief in arabisches Gebiet vorgestossen. Ein schwerer Vergeltungsschlag richtete sich gegen zwei jordanische Ortschaften *südlich des Toten Meeres*, von denen aus die israelischen Kaliwerke in Sodom angegriffen worden waren; die israelische Operation, die fast zwanzig Stunden dauerte, hatte zum Ziel, diese Bedrohung für die nächste Zukunft auszuschalten. Kurz darauf erfolgte ein weiterer Schlag, diesmal gegen Ägypten: israelische Kommandoeinheiten landeten auf der Insel *Schadwan* im Golf von Suez, zerstörten zwei Torpedoboote, demonstrierten eine Radarstation und kehrten darauf nach Israel zurück.

Diese Aktionen, zusammen mit zahlreichen anderen ähnlicher Art, formen das Mosaik zum Bild, das der unerklärte Krieg im Nahen Osten heute bietet. Israel sucht durch *kühne Handstreich* seinen Gegnern seine ungebrochene militärische Überlegenheit zu demonstrieren, in der Hoffnung, die Araber auf diese Weise allmählich zu zermürben. Der Sechstagekrieg hat Israel ein günstiges *Glacis* verschafft, das sein Kernland schützt und gleichzeitig als Ausgangsbasis für Vorstöße ins gegnerische Territorium dienen kann. In den letzten paar Monaten ist sich Israel immer stärker seiner Isolierung bewusst geworden. Die Hoffnungen auf einen Wechsel in der Haltung Frankreichs nach dem Abgang de Gaulles haben sich nicht erfüllt. Nach der «Entführung» der fünf Schnellboote aus dem Hafen von Cherbourg sind die Beziehungen zwischen Paris und Tel Aviv wieder auf einem Tiefpunkt angelangt; Frankreich hat mit der Zustimmung zur Lieferung von *Mirage-Flugzeugen* an Libyen seinen proarabischen Kurs Mitte Januar erneut bestätigt.

Aber auch die *Vereinigten Staaten* haben sich unter der Administration Nixon stärker von Israel distanziert und drängen auf Konzessionen gegenüber den Arabern. Israel sieht sich so mehr oder weniger auf sich selbst gestellt – eine Situation, mit der es sich für den Augenblick abzufinden hat und in der ihm nicht viel anderes übrig bleibt, als auf die eigene Kraft zu vertrauen. So hat es in den letzten Wochen zu der gegenwärtig praktizierten defensiven Offensivtaktik Zuflucht genommen, mit der es die Araber in die Enge zu treiben hofft.

Es ist jedoch zweifelhaft, ob es auf diesem Wege gelingen wird, das Ziel zu erreichen, das seit der Gründung des Staates Israel im Jahre 1948 angestrebt worden ist: mit den arabischen Ländern zu einem geordneten Nebeneinander und zu einer friedlichen Nachbarschaft mit gesicherten Grenzen zu kommen. Die Existenz des jüdischen Staates beruht auch in absehbarer Zukunft vor allem auf der *Schlagkraft* und der ständigen *Wachsamkeit* seiner Armee; die Zeit, da die Schwerter zu Pflugscharen

umgeschmiedet werden können, ist leider noch in weiter Ferne.

Der innerdeutsche Dialog

Über die Jahreswende sind in dem von der Regierung Brandt/Scheel angestrebten Gespräch mit der DDR neue Entwicklungen eingetreten. Am 18. Dezember hat der DDR-Staatsratsvorsitzende Ulbricht an Bundespräsident *Heinemann* ein Schreiben gerichtet, dem er den Entwurf für ein Abkommen zwischen Bundesrepublik und DDR beilegte. Der von Ulbricht angeregte Vertrag verlangte von Bonn eine Reihe von Vorleistungen, darunter vor allem die völkerrechtliche Anerkennung der DDR.

Bundeskanzler Brandt ist in seinem Bericht zur *Lage der Nation*, den er am 14. Januar vor dem Bonner Parlament erstattete, auf diesen Vertragsentwurf nicht näher eingegangen, sondern hat Pankow Verhandlungen über den Austausch von Gewaltverzichtserklärungen vorgeschlagen. In der Frage der Anerkennung der DDR blieb Brandt hart; eine völkerrechtliche Anerkennung komme nicht in Frage, dagegen sprach der Bundeskanzler von den zwei Staaten, die sich auf dem Boden Deutschlands gebildet haben, beide unter dem Dach der gemeinsamen deutschen Nation. In einem Brief an den DDR-Ministerpräsidenten *Stoph* vom 22. Januar hat Brandt sein vor dem Bundestag abgegebenes Gesprächsangebot wiederholt, wobei er unterstrich, dass auch andere Themen zur Sprache kommen könnten, so auch die Frage «gleichberechtigter Beziehungen».

Ulbricht hat Brandt geantwortet, noch ehe der Brief vom 22. Januar in Ostberlin eingetroffen war. Auf einer internationalen Pressekonferenz im Staatsratsgebäude am Marx-Engels-Platz hat der SED-Chef nur wenig Hoffnung gelassen, dass es zu einem fruchtbringenden Gespräch zwischen den beiden Teilen Deutschlands kommen wird. Ulbricht beharrt auf der völkerrechtlichen Anerkennung; auf Brandts Differenzierung zwischen Staat und Nation ist der ost-

deutsche Staats- und Parteichef nicht eingegangen.

Auch den Vorschlag, Gespräche über Gewaltverzichtserklärungen aufzunehmen, hat Ulbricht nur bedingt akzeptiert; er hat erklärt, in dieser Frage *Moskau*, wo bereits zwischen Bundesrepublik und Sowjetunion analoge Unterredungen begonnen haben, den Vortritt zu lassen. Die DDR spielt sichtlich auf *Zeitgewinn*; Ulbricht fühlt sich offensichtlich in einer starken

Stellung und glaubt, der Gegenseite Schritt für Schritt seine Bedingungen aufzwingen zu können. Die Perspektiven, die sich dadurch ergeben, sind – zusammen mit dem agitatorischen Trommelfeuer, das Ostberlin gegen Bonn in Permanenz unterhält – nicht so, dass man in der Deutschlandfrage in nächster Zukunft mit raschen Entwicklungen zu rechnen haben wird.

Fabius

INNENPOLITISCHE RUNDSCHAU

Wie unabhängig ist unser Parlament?

Spätestens seit 1964, als die Mirage-Affäre das politische Klima gewitterschwül werden liess, gehört die Frage nach der wirklichen Stärke unseres eidgenössischen Parlaments zu den Standardthemen grundsätzlicher Art. Die Position der Volksvertretung ist aufs vielfältigste gefährdet – zwar nicht vom institutionellen Rahmen, wohl aber von der Praxis her. Denn gemäss Verfassung ist es nach wie vor oberstes, mit allen nötigen Kompetenzen ausgestattetes Aufsichtsorgan im Staate, das zudem die Möglichkeit hat, beträchtliche Eigeninitiative in der Gestaltung der politischen Führung zu entwickeln. Ranghöchster Magistrat ist nach Protokoll denn auch nicht etwa der Bundespräsident, sondern der Nationalratspräsident in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Vereinigten Bundesversammlung. In der praktischen Politik aber haben sich die Akzente wesentlich verschoben. Den parlamentarischen «Milizsoldaten» steht eine hochspezialisierte «Berufsarmee» der Exekutive gegenüber, die zum vornehmerein über einen immer grösser werdenden «Überhang» an Sachkunde verfügt.

Auf diesem Hintergrund ist die Kontroverse zu verstehen, die sich in letzter Zeit zwischen Bundesrat und Volksvertretung rund um die Verwaltung des Parlaments entsponnen hat. 1967 reichten die Fraktionspräsidenten der Bundesversammlung eine Motion ein, in der sie um eine Über-

prüfung und Verbesserung der gegenwärtigen Situation ersuchten. Nach Artikel 105 der Bundesverfassung ist nämlich das Sekretariat der Bundesversammlung der Bundeskanzlei eingegliedert; es ist mit anderen Worten Bestandteil der unter Aufsicht der Landesregierung stehenden Bundesverwaltung.

Der Bundesrat stellt sich nun in seinem kürzlich veröffentlichten Bericht auf den Standpunkt, dass sich hier eine grundsätzliche Änderung nicht aufdränge. Der gerügte Mangel an Gewaltentrennung sei an der schweizerischen Staatsspitze keine Ausnahmehrscheinung, so dass sich aus rechtspuristischen Gründen keine Revision aufdränge. Dem praktisch-technischen Anliegen der Motion – Verbesserung der parlamentarischen Hilfsdienste – aber könne auch auf andere Weise Genüge getan werden. Die Kommission des Nationalrates, die sich in der zweiten Januarwoche mit dem Bericht auseinanderzusetzen hatte, ist indessen ganz entschieden anderer Meinung. Sie besteht auf rechtlicher Verselbständigung des Sekretariats der Bundesversammlung. Und sie stellt darüber hinaus für technische Sofortmassnahmen eigene Gegenvorschläge in Aussicht.

Vom Regen in die Traufe?

Es fehlt nicht an Stimmen, welche die verhältnismässig schroffe Haltung der Kommission als eher überflüssigen Theaterdon-